

Die IX. Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds der Asiatischen Entwicklungsbank

Hintergrund

Der Asiatische Entwicklungsfonds (Asian Development Funds ADF) wurde 1973 gegründet und ist der älteste und größte Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank. Durch den ADF werden Darlehen zu günstigen Bedingungen („weiche Kredite“) an die Mitgliederländer der ADB oder an Mitglieder mit einem niedrigen Bruttonettoprodukt pro Kopf und einer beschränkten Fähigkeit, Darlehen zurückzuzahlen, vergeben. Der ADF soll Projekte unterstützen, die die Armutsverringerung und eine nachhaltige Entwicklung in den armen Ländern Asiens und der Pazifikregion fördern.

Die verschuldeten Länder können Projektdarlehen innerhalb einer 32-jährigen Laufzeit, die einen achtjährigen Tilgungsaufschub berücksichtigt, zurückzahlen. Während der Abschreibungsdauer wird ein Zins in Höhe von 1,5 Prozent auf das Darlehen berechnet. Während des Tilgungsaufschubs beträgt der Zins 1% (Prozent). Achtundzwanzig der insgesamt zweiundsechzig Mitgliedsstaaten leisten direkte Beiträge zum ADF. Die Hälfte (50% Prozent) dieser Beiträge stammt von ADB-Mitgliedern außerhalb Asiens, wie den EU-Staaten, den Vereinigten Staaten und Kanada.

Bis zum 31. Dezember 2001 erreichte die zum ADF VIII beigesteuerte Gesamtsumme 18,18 Milliarden US-Dollar. Der erste ADF (ADF I genannt) wurde von den Geberländern 1973 bereit gestellt. Der Fond wird alle vier Jahre aufgestockt, , seit ADF I bereits achtmal. Der laufende ADF-Zeitraum, ADF VIII, umfasst die Jahre 2001 bis 2004.

Ende 2003 betragen die Darlehen aus dem ADF ungefähr 27% (Prozent) der gesamten Kredite der ADB. Es gibt 25 ADF-Kreditnehmer im ADF VIII. Die Hauptkreditnehmer von 2001 bis 2003 waren Pakistan, Bangladesh, Vietnam, Sri Lanka, Indonesien und Afghanistan (Bericht des ADF IX-Gebertreffens, 2004).

Nach dem Bericht des ADF VIII-Gebertreffens, befürworteten Geber wie Deutschland die Pläne der ADB, ihren Einfluss auf die Entwicklung zu verstärken. Die Bank will ihr allumfassendes Ziel der Armutsverringerung verwirklichen, indem sie die Leistung eines Landes (effektives Entwicklungsmanagement) mit der Verteilung knapper ADF-Ressourcen an die Nehmerländer enger verknüpft. Die Geber erwarten ebenso, dass die Prinzipien einer verantwortungsbewussten Regierungsführung – Transparenz, Verantwortlichkeit, Partizipation, Vorhersagbarkeit – auch auf die eigene Regierungsführung der ADB angewendet werden.

Die Geberländer begannen ihre Diskussionen über die Wiederauffüllung des ADF bzw. die ADF IX-Periode im Oktober 2003. Eine Serie von vier Treffen wurde für diese Verhandlung festgelegt. Das erste Treffen wurde in Kopenhagen (9. bis 10. Oktober 2003) abgehalten, das zweite fand in Tokyo (vom 9. bis zum 11. Dezember 2003) statt. Die dritte und wichtigste Verhandlung war in Lissabon zwischen dem 9. und 11. März 2004 . Das letzte Treffen, die formale Genehmigung, wird kurz vor der

Jahreshauptversammlung der Bank (Bank's Annual Governor's Meeting) in Jeju, Südkorea im Mai stattfinden.

Welche Rolle nimmt Deutschland im ADF ein?

Aufgrund seines finanziellen und politischen Beitrags ist Deutschlands Einfluss in der ADB groß. Die Politik der deutschen Regierung hinsichtlich der regionalen Entwicklungsbanken ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Entwicklungspolitik. Die Entwicklungspolitik wiederum spielt eine wichtige Rolle in Deutschlands internationaler Politik. Die deutsche Regierung betrachtet die Präsenz Deutschlands im Entscheidungsfindungs- und Aufsichtsorgan der ADB als Instrument zur Mitwirkung und als Mittel, innerhalb der Institution Einfluss im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung auszuüben.

Für den ADF VIII leistete Deutschland einen Beitrag von 1,3 Milliarden US-Dollar. Mit einem Anteil von 4,4% (Prozent) des Kapitals der ADB, rangiert Deutschland auf dem *neunten Platz unter den 62 Mitgliedsstaaten und auf dem dritten unter den nicht-asiatischen Mitgliedsstaaten*, ist dabei jedoch der *größte der 14 europäischen Kapitaleigner*. Deutschland ist mit einem geschäftsführenden Direktor im zwölfköpfigen Aufsichtsrat der Bank vertreten und teilt sich zusammen mit Großbritannien, Österreich, der Türkei und Luxemburg eine Wahlgruppe.

Die Position zivilgesellschaftlicher Organisationen zum ADF

Die NGO-Aktivisten für die Reformen der ADB sind sich immer noch uneinig über, ihre Rolle in solchen Verhandlungen. Aufgrund der Befürchtung, dass ihr Engagement die schlechte Arbeit der Bank legitimiere, wurden die NGO's während der letzten Verhandlung über den ADF im Jahr 2000 nicht aktiv. Derartige Bedenken sind immer noch gültig. Doch mittlerweile gibt es ein überzeugendes Argument, die Verhandlung als einen Weg der Zusammenarbeit mit den Geberregierungen zu testen, um auf Reformen als Voraussetzung für die Erneuerung ihrer Verpflichtung gegenüber der Bank zu drängen.

In den Aufzeichnungen vom Gebertreffen in Tokyo (9. bis 11. Dezember 2003) heißt es: Der ADF bietet eine höchst günstige Unterstützung für arme Länder, ihre Integration in die Weltwirtschaft und in die internationalen Märkte zu erleichtern." Dies ist ein gutes Beispiel für den Marktfundamentalismus der ADB – und hat nach Meinung der NGOs nichts mit Armutsbekämpfung, sondern vielmehr mit der Öffnung von Ländern zugunsten internationaler Unternehmen zu tun. Dennoch bieten die Verhandlungen über den ADF eine politische Plattform, die es uns ermöglicht, die Geberregierungen zu einem verantwortlichen Umgang mit dem Geld ihrer Bürger aufzufordern.

Die Empfehlungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen an die deutsche Regierung

Hauptpunkte:

- Die Asiatische Entwicklungsbank betrachtet den Asiatischen Entwicklungsfonds als ein nützliches Instrument, während die NGO's den Fonds in erster Linie auf Grund der Auswirkungen der Projekte auf die arme Bevölkerung und die Umwelt in den Empfängerstaaten kritisieren.
- Im Mittelpunkt der Debatte steht die Frage, ob die Entwicklungsbank durch den Entwicklungsfonds lediglich die Abhängigkeit der armen Länder von ihr verstärkt?"
- Es ist bewiesen, dass die vom Fonds unterstützten Projekte der Vergangenheit negative Auswirkungen auf Lebensgemeinschaften (oder Gemeinden geht auch) und andere Lebensformen in den betreffenden Ländern hatten. Bis jetzt spricht wenig dafür, dass die kürzlich gebilligten Reformen die weitere Unterstützung schlechter Projekte beenden könnten.
- Die Regierungen der Länder, die Beiträge zum Fonds leisten, sollten konkretere Maßnahmen zur Einflussnahme darüber ergreifen, wohin das Geld ihrer Bürger fließt. Ohne sichtbare Reformen sollte kein weiteres Geld bereitgestellt werden.
- Die Entwicklungsländer, die Darlehen durch den Asiatischen Entwicklungsfonds erhalten, sollten den ADF-Prozess mitgestalten.